

Corona-Krise – 20. März 2020

## Das Sparen hat sich für Deutschland gelohnt

Seit Jahren wird die deutsche Austeritätspolitik nicht nur kritisiert, sondern auch in Frage gestellt. Doch in der Coronakrise zeigt sich ihre Sinnhaftigkeit.

von Lars Feld und Thomas König

Eins ist sicher: Die Coronakrise wird den Schuldenstand in vielen Ländern erhöhen. Schon infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise erhöhte sich der deutsche Schuldenstand im Jahr 2010 auf 82,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Wie Großbritannien (74,6 Prozent) und Frankreich (85,3 Prozent) verfehlte Deutschland das 60-Prozent-Schuldenkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Während die Staatsschulden Großbritanniens (2019: 85,2 Prozent) und Frankreichs (2019: 98,9 Prozent) weiterhin stiegen, reduzierte Deutschland seinen Schuldenstand auf 59,2 Prozent im Jahr 2019. Griechenland, Italien und Portugal liegen sogar oberhalb der 100-Prozent-Marke, Belgien, Spanien und Zypern knapp darunter.

Diese unterschiedliche Entwicklung wird der deutschen „Austeritätspolitik“ zugeschrieben, die noch vor Kurzem im In- und Ausland infrage gestellt wurde. Warum investiert Deutschland nicht in Zeiten niedriger Zinsen, macht Schulden wie andere Länder und kurbelt dadurch die Wirtschaft in Frankreich, Italien und andernorts in Europa an?

Solche Fragen können selten kausal beantwortet werden. In der Regel fehlt ein „exogener Schock“, der die Effekte einer Austeritätspolitik offenbart. Andernfalls lassen sich die Implikationen einer solchen Politik von den politisch Verantwortlichen vorhersehen, sodass sie diese nur verfolgen, wenn sie positive Effekte für sich erwarten. Politiken mit selbst nur vorübergehend negativen Effekten werden vor allem in Zeiten vermieden, die – wie Wahlen – politische Nachteile mit sich bringen.

Wahlgeschenke sind die Folge, sodass sich Staaten mehr und mehr verschulden. Renten werden kurz vor Wahlen ungeachtet der demografischen Entwicklung erhöht, Steuervergünstigungen für eine einkommensstarke Klientel beschlossen etc. – es fehlt nicht an Beispielen für parteiideologische Finanzpolitik.

Forderung nach Ende der Austeritätspolitik

Seit der Finanzkrise war dies bis zuletzt in Deutschland nicht der Fall. Nicht nur in Ländern wie Frankreich und Großbritannien, die sich einer weiteren Verschuldung verschrieben haben, sondern auch in Deutschland selbst wurden die Stimmen lauter, die ein Ende der Austeritätspolitik forderten. Trotz Baubooms solle Deutschland mehr in Infrastruktur investieren, ansonsten in Bildung, Soziales und vieles mehr.

Warum sparen, wenn Schulden nichts kosten? Selbst konservativen Ökonomen schienen die Argumente gegen eine schuldenfinanzierte Ausgabenpolitik auszugehen, die als biedere schwäbische Hausfrauenweisheit diskreditiert wurden.

Schon wenige Wochen später sieht die Welt ganz anders aus. Die Coronakrise wirft Fragen nach der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung auf und wird die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Ländern beeinträchtigen.

Dabei besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Gesundheit und Wirtschaft, da die Gesundheitssysteme normalerweise über Sozialbeiträge der arbeitenden Bevölkerung finanziert werden. Wenn aber in Krisenzeiten Arbeit und Produktion ausfallen, dann müssen staatliche Maßnahmen ergriffen werden.

Die Europäische Zentralbank hat durch ihre Politik den Schuldenstaaten Zeit für Reformen gekauft. Sie sitzt mittlerweile auf einem Berg von Staats- und Unternehmensanleihen, deren Wert in Krisenzeiten schwindet. Eine Zinssenkung kommt angesichts des bereits negativen Einlagenzins für Banken kaum mehr infrage.

Investitionen für Deutschland möglich

Unter diesen Umständen kann nur noch eine expansive Finanzpolitik gegensteuern, die mit einer weiteren Staatsverschuldung einhergeht. Hochverschuldete Staaten wie Belgien, Griechenland, Italien, Portugal, Zypern, selbst Frankreich und Spanien können ihre Verschuldung jedoch nur noch eingeschränkt erhöhen. Deutschland kann hingegen aus dem Vollen schöpfen und sich Investitionen in Gesundheit und Wirtschaft leisten.

Die Befürchtung, die Schuldenbremse würde die deutsche Staatsverschuldung schon bald auf 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts senken, kann spätestens mit der Coronakrise ad acta gelegt werden. Vielleicht war die schwäbische Hausfrauenweisheit, die in besseren Zeiten konsolidiert, um in Krisenzeiten gewappnet zu sein, doch nicht so falsch.

Letztlich geht es nicht um ein Kaputtsparen der öffentlichen Haushalte, sondern um die Möglichkeit, die Schuldenquote erhöhen zu können, ohne dass nur die geringsten Zweifel an der finanzpolitischen Solidität Deutschlands aufkommen.

Dies ist die wichtigste Stütze, die Deutschland der Europäischen Währungsunion als Haftungsgeber der EZB-Bilanz und des Europäischen Stabilitätsmechanismus bieten kann.

Mehr: Für die Kanzlerin hat der schuldenfreie Haushalt angesichts der Corona-Epidemie keine Priorität mehr. SpitzenökonomInnen drängen die Regierung zu schnellen Hilfen für Unternehmen.

*Lars Feld ist Vorsitzender des Sachverständigenrats, Thomas König ist Politikwissenschaftler aus Mannheim.*